



**Streiks am 24., 25. und
26. November** Seite 4

Inhalt

Seite 3

Gerechteres Budget ist möglich

Seite 4

Streiks am 24., 25. und 26. November

Seite 5

Mythen zerschlagen statt Streiks

Seite 6

Arbeitsmarktreform

Seite 7

Meldungen

Seite 8

Flexi-Jobs

Seite 9

Im Chemiesektor brodelt es

Seite 10

Zeitkredit am Laufbahnende

Seite 11

Meldungen

Seiten 12-13

Pläne für einen gerechten Übergang

Seiten 14-15

CNE-Info: Renten

Seite 16

Meldungen

Impressum

Anschrift der Redaktion:

CSC Info
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers
087/85 99 59
pressedienst@acv-csc.be

Redaktion:

Jessica Halmes	Claudine Legros
Liliane Louges	Angela Mertes
Jochen Mettlen	Mike Mettlen

Layout: Maryline Weynand

Druckerei:

Snel Grafics, Vottem

Herausgeber:

Confédération des Syndicats Chrétiens (CSC)

Veröffentlichung:

VoG Visie in beweging

Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich

Öffnungszeiten & Kontakt

ARBEITSLOSENDIENST 087/85 99 98

CSC Eupen

Sprechstunden: dienstags und donnerstags,
jeweils von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
csc.chomage.eupen@acv-csc.be

CSC St.Vith

Sprechstunden: montags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
csc.chomage.stvith@acv-csc.be

JURISTISCHE ERSTBERATUNG

*Eine Frage zum Arbeitsrecht (Kündigung, Vertrag, Urlaub,...)?
Kontaktieren Sie die juristische Erstberatung **per Telefon oder Mail:***

Montags bis donnerstags

8.30 Uhr bis 12.30 Uhr und 13.30 Uhr bis 16 Uhr
Freitags 8.30 Uhr bis 12 Uhr
087/85 99 22 • csc.ostbelgien@acv-csc.be

JURISTISCHER BEISTAND

*Für jeden juristischen Beistand oder für eine laufende Akte
kontaktieren Sie unseren juristischen Dienst:*

CSC Eupen

Sprechstunden: donnerstags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

CSC St. Vith

Sprechstunden: dienstags auf Termin
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

OFFENE SPRECHSTUNDE

CSC Eupen

Montags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr

GRENZGÄNGERDIENST LUXEMBURG

CSC St.Vith: dienstags auf Termin

087/85 99 33 • grenzganger.luxemburg@acv-csc.be

GRENZGÄNGERDIENST DEUTSCHLAND

CSC Eupen: auf Termin

087/85 99 49 • grenzganger.deutschland@acv-csc.be



www.diecsc.be



www.facebook.com/cscostbelgien

Gerechteres Budget ist möglich

Um die europäische Ausgabenregel bis 2029 einzuhalten, sucht die aktuelle Regierung nach 10 Milliarden Euro. Um diese zu finden, hat der Premierminister sozial ungerechte Vorschläge unterbreitet - unter dem Vorwand, es gäbe keine Alternative.



Aber die gibt es. Die sinkenden Einnahmen in unserem Land sind der Kern des Problems. Die Steuersenkung der Michel-Regierung hat durch die Senkung der Sozialbeiträge und der Unternehmenssteuer ein riesiges Haushaltsloch gerissen. Das Föderale Planbüro prognostiziert für die Legislaturperiode De Wever (2025–2029) einen Rückgang der Einnahmen von 50,3 % auf 48,6 % des BIP, also 12,2 Milliarden Euro. Gleichzeitig werden die Herausforderungen nicht kleiner. Statt dieses Problem anzugehen, beharrt die Regierung auf ihrer starren Haltung.

Milliarden an Staatseinnahmen entgangen

„Es gibt mehrere Maßnahmen, die die Regierung ergreifen kann und muss, um gerechte und positive Entscheidungen zu treffen, auch im Hinblick auf kommende Generationen, und sie sind nicht neu“, erklärt Marie-Hélène Ska, Generalsekretärin der CSC. *„Ein*

gerechter Beitrag der großen Vermögen ist unerlässlich, sodass alle Vermögenseinkünfte, zum Beispiel aus Aktien und Mieten, genauso besteuert werden wie Arbeitseinkommen. Das wäre viel effizienter als die derzeitigen Flickwerk-Maßnahmen und wirtschaftlich rentabler, sowohl in Bezug auf direkte Einnahmen als auch auf Rückflusseffekte. Es geht nicht an, dass man diejenigen bestraft, die arbeiten und schon in Schwierigkeiten sind, während die Stärksten im Steuersystem geschont werden“, betont Marie-Hélène Ska.

Außerdem müssen alle Statute korrekten Sozialbeiträgen unterliegen, und nachweislich nutzlose Lohnsubventionen müssen abgeschafft werden. Bei 60.000 Managementgesellschaften wird der Einnahmeverlust für den Staat bereits auf 1,7 Milliarden Euro geschätzt. Für Flexi-Jobs und Studentenarbeit beläuft sich der Verlust in diesem Jahr auf 350 Millionen Euro bzw. 688 Millionen Euro.

Hinsichtlich der Lohnsubventionen haben der Rechnungshof und die Belgische Nationalbank die Subvention für die Ersteinstellung (628 Millionen) sowie jene für ältere Arbeitnehmer scharf kritisiert. Das Föderale Planbüro hat klar gezeigt, dass die Steuerbefreiung für Innovationserträge (1,1 Milliarden) keinen Mehrwert bringt. Kurz gesagt: *„Das Geld wird zum Fenster hinausgeworfen.“*

Auch die Subventionierung fossiler Brennstoffe muss abgebaut werden, zugunsten sowohl der Klimawende als auch des Haushalts. Allein für Berufsdiesel geht es bereits um 533 Millionen Euro. Insgesamt beläuft sich die Summe auf über eine Milliarde.

Eine korrekte Steuererhebung, insbesondere der Mehrwertsteuer, ist ein logischer erster Schritt. In Belgien liegt die sogenannte Mehrwertsteuerlücke – die Differenz zwischen erwarteten und tatsächlich erzielten

Mehrwertsteuereinnahmen – 4 Prozentpunkte über dem europäischen Durchschnitt. Die Verringerung dieser Lücke von 11 % auf 7 % durch strengere Kontrollen und Verfahren würde zusätzliche Einnahmen von 1,6 Milliarden Euro bringen. *„Die nächste Regierung könnte so enorme Effizienzgewinne erzielen“,* sagt Marie-Hélène Ska. Die Verschärfung der Anti-Missbrauchs-Bestimmungen des Fiskus könnte zahlreiche unhaltbare Steuerkonstruktionen durchkreuzen.

Unterstützung durch internationale Institutionen

Dies sind Fragen, die die CSC seit langem aufwirft, mit denen sich aber auch zahlreiche internationale Institutionen befassen. Der Abbau von Subventionen für fossile Energien wird einhellig von der Europäischen Kommission, der OECD und dem IWF gefordert. Die Europäische Kommission kritisiert in ihrem Länderbericht alle steuerlichen Sonderregelungen wie für Flexi-Jobs, Studentenarbeit, Nacht- und Schichtarbeit. Sie bewertet Lohnsubventionen als teuer und meist ineffizient. Die OECD stellt die Begünstigung hoher Einkommen in unserem Steuersystem in Frage. Selbst der IWF, der alles andere als eine linke Bastion ist, erklärte in seinem Belgien-Bericht 2025, dass *„alle Kapitaleinkünfte (wie Zinsen, Dividenden und Kapitalgewinne) auf die gleiche Weise besteuert werden müssen, um die Neutralität von Investitionsentscheidungen zu gewährleisten – vorzugsweise durch Integration dieser Einkünfte in das steuerpflichtige Gesamteinkommen, das der Einkommenssteuer unterliegt.“*

„Wenn sich diese Regierung hinter internationalen Verpflichtungen und Empfehlungen verstecken und sich als Reformregierung profilieren will, dann soll sie den Mut und die intellektuelle Ehrlichkeit haben, diese Empfehlungen in ihrer Gesamtheit zu berücksichtigen und gerechte Reformen umzusetzen“, schließt Marie-Hélène Ska.

Drei Tage Streik am 24., 25. und 26. November

Die Gewerkschaften rufen zu einem dreitägigen Streik am 24., 25. und 26. November auf, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor. Dies ist der nächste Schritt nach der Großkundgebung am 14. Oktober.

Mehr als 120.000 Menschen sind friedlich in Brüssel auf die Straße gegangen, um ihre Besorgnis über die Maßnahmen der Arizona-Regierung auszudrücken. Die Regierung hat bisher nicht reagiert. Nur ein ohrenbetäubendes Schweigen. Das kann nicht so weitergehen!

Der Streikplan:

- ✖ **24. November:** Öffentliche Verkehrsmittel (TEC) und Beginn des dreitägigen Bahnstreiks
- ✖ **25. November:** Alle öffentlichen Dienste des Landes streiken
- ✖ **26. November:** Nationaler, überberuflicher Streik

Die CSC fordert mehr Solidarität, bessere Bezahlung für Arbeitnehmer und sozialen Schutz für alle. Sie lehnt es ab, dass die Regierung die Sparmaßnahmen ausschließlich auf die Schultern der Arbeitnehmer, Jugendlichen, Frauen, Arbeitslosen und Langzeitkranken legt, während die Wohlhabendsten verschont bleiben. Es gibt gerechtere und ausgewogenere Alternativen!

Warum ein dreitägiger Streik mehr als gerechtfertigt ist!

Wir streiken nicht ohne Grund, sondern im allgemeinen Interesse. Für mehr soziale Gerechtigkeit, einen stärkeren Sozialschutz und für die Zukunft unseres Sozialstaats.

Die Arizona-Regierung setzt ihre Zerstörung fort und vervielfacht die antisozialen Maßnahmen. Gleichzeitig wird der Sozialdialog in verschiedenen Sektoren stark geschwächt. Der Wille zum Handeln wird stärker, die Aktionen vermehren sich, und natürlich stößt der soziale Protest auf starken Widerstand. In der Regel ist diese Kritik unberechtigt oder schlicht falsch. Lesen Sie dazu unseren Artikel auf Seite 5.



Arbeitnehmer sollen wieder bluten

Die unsozialen Maßnahmen der Arizona-Regierung nehmen zu. Gegen die Arbeitnehmer. Gegen die soziale Sicherheit. Aber vor allem: immer zugunsten der Arbeitgeber.

- ✖ **Keine Lohnerhöhungen** 2026–2027 und Angriff auf die Indexierung.
- ✖ Ein **Rentenmalus**, wenn man laut Regierung nicht lange genug gearbeitet hat.
- ✖ **Nacharbeit** wird erleichtert UND nicht mehr belohnt.
- ✖ Arbeitsplatzsicherheit? Nur **Flexibilität** zählt.
- ✖ Ein Haushalt, der den **Geldbeutel** der Arbeitnehmer UND Familien direkt trifft.
- ✖ Der **Subventionsfluss** an Unternehmen bleibt unangestastet.

Die Anstrengungen dürfen nicht immer von den Arbeitnehmern gefordert werden. Es gibt haushaltspolitische Alternativen:

- ✓ Eine ernsthafte Überprüfung der **milliardenschweren Subventionen für Unternehmen**, wie die nutzlosen 700 Millionen Euro Zielgruppenermäßigung für die Ersteinstellung.
- ✓ Eine **Digitalsteuer** für Technologiegiganten.
- ✓ **Korrekte Sozialbeiträge** für alle Vertragsarten.
- ✓ Jeder Euro muss gleich viel beitragen: auch die Euros aus **Managementgesellschaften**.
- ✓ **Sektorenverhandlungen** für mehr Kaufkraft und langfristig machbare Arbeit.

www.diecsc.be/Arizona

Mythen zerschlagen statt Streiks

Während der drei Tage des „Novemberaufrufs“ werden Sie wahrscheinlich Kritik an Streiks zu hören bekommen. Vier häufige Vorwürfe wollen wir hier entkräften.

„Es sind immer die einfachen Bürger, die unter einem Streik leiden“

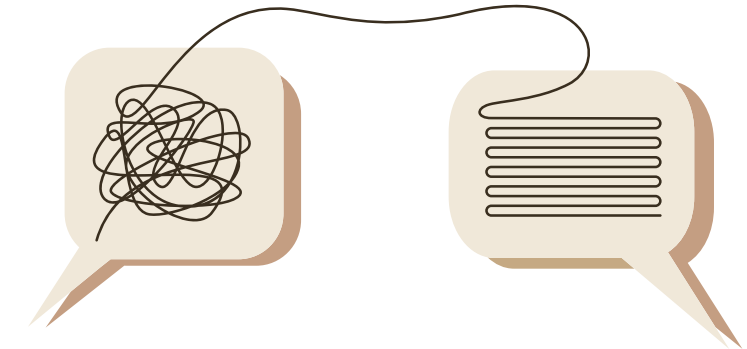
Das ist eine sehr kurzfristige Sichtweise. Die Maßnahmen der Arizona-Regierung werden in den kommenden Jahrzehnten tiefgreifende und teils katastrophale Auswirkungen auf unsere Gesellschaft haben. Junge Menschen müssen härter und flexibler arbeiten, während sie mit einem Lohnstopp und Rentenkürzungen konfrontiert sind. Diese langfristigen Folgen wiegen deutlich schwerer als die möglichen Unannehmlichkeiten einiger Streiktage.

„Die Unternehmen haben mit dem Streik nichts zu tun, sind aber davon betroffen“

Die Arbeitgeberverbände haben während der Regierungsbildung intensiv Lobbyarbeit betrieben - mit Erfolg. Mehr Flexibilität, längere Berufslaufbahnen, Lohnstopp, schrittweise Abschaffung der Arbeitslosigkeit mit Betriebszuschlag (SAB) und des Zeitkredits am Laufbahnende, Senkung der Arbeitgeberbeiträge. Da kann man kaum behaupten, sie hätten keine Rolle bei den Entscheidungen gespielt, die zu diesen Streiks geführt haben.

„Die Gewerkschaften streiken gerne“

„Sozialer Dialog, wenn möglich – gewerkschaftliche Aktion, wenn nötig.“ Das ist das Motto der CSC. Die Arizona-Regierung spricht oft vom sozialen Dialog, aber dieser muss zwischen gleichberechtigten Partnern stattfinden. Die Arbeitgeberorganisationen stehen der Arizona-Regierung wohlwollend gegenüber, denn sie profitieren stark



von deren Politik. Warum sollten sie also ernsthafte Gespräche mit den Gewerkschaften führen? Wenn Regierung und Arbeitgeber erkennen, dass sie die Arbeitnehmer nicht einfach übergehen können, sind wir in den Verhandlungen viel stärker. Wir müssen während dieser Streiktage zeigen, dass sie jene berücksichtigen müssen, die dieses Land tagein tagaus am Laufen halten.

„Streiks schaden der Wirtschaft des Landes“

Streiks haben in der Tat wirtschaftliche Auswirkungen – genau deshalb sind sie ein wirksames Mittel. Die kurzfristigen Kosten eines Streiks müssen jedoch gegen die strukturellen Fortschritte abgewogen werden, die sie bewirken.

Laut einer Analyse der belgischen Nationalbank kann nur ein Teil der Verluste nicht wieder aufgeholt werden. Produkte, die am Streiktag nicht gekauft oder hergestellt werden, werden oft später gekauft oder produziert. Wenn die Gewerkschaften eine Lohnerhöhung erreichen, steigt die Kaufkraft und die lokale Wirtschaft wird angekurbelt. Besserer Sozialschutz senkt die gesellschaftlichen Kosten der Arbeitsplatzunsicherheit. Umgekehrt kann der Abbau von Löhnen, Leistungen und Schutzmaßnahmen langfristig deutlich höhere Kosten für die Gesellschaft verursachen.

Nehmt am 23. November an der Kundgebung gegen geschlechtsspezifische Gewalt teil!

Die CSC mobilisiert gegen Gewalt an Frauen.

Anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen lädt die Plattform Mirabal Belgium, zu der auch die CSC-Frauen gehören, am Sonntag, dem 23. November, zu einer großen nationalen Demonstration in Brüssel ein.

Programm

14:00 Uhr: Beginn der Kundgebung

12:00 - 17:00 Uhr: Frauendorf

Ab 15:30 Uhr: Musikbühne

Infos und Facebook-Event: www.facebook.com/mirabal.belgium/



Arbeitsmarktreform: Klage vor dem Verfassungsgerichtshof

Die Gewerkschaften CSC, FGTB und CGSLB, unterstützt von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen, haben Ende Oktober eine Nichtigkeitsklage beim Verfassungsgerichtshof eingereicht. Diese beinhaltet einen Antrag auf Aussetzung der Übergangsmaßnahmen der Arbeitsmarktreform sowie des Prinzips der zeitlichen Begrenzung von Arbeitslosengeld.

Diese von der Arizona-Regierung getragene Reform stellt einen beispiellosen Angriff auf eine der Säulen der belgischen Sozialsicherheit dar. Sie schließt die am stärksten benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaft vom Recht auf Arbeitslosengeld aus, ohne glaubwürdige Begleitmaßnahmen oder Mechanismen zur Verantwortlichkeit der Arbeitgeber.

Schlimmer noch: Sie trifft zuerst jene, die am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernt sind, und gibt ihnen nur sechs Monate Zeit, um eine Arbeit zu finden. In der Praxis sind es eher dreieinhalb Monate, gerechnet vom Erhalt des Schreibens des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung (LfA) Mitte September bis zu den ersten Ausschlüssen am 1. Januar 2026.

Verstoß gegen mehrere verfassungsrechtliche Prinzipien

Rechtlich gesehen verstößt die Reform gegen mehrere verfassungsrechtliche Prinzipien, wie das Prinzip des berechtigten Vertrauens, das durch Artikel 23 der Verfassung garantierte Recht auf soziale Sicherheit (welches das Recht jedes Einzelnen auf ein menschenwürdiges Leben festlegt) sowie die in den Artikeln 10 und 11 der Verfassung verankerten Grundsätze der Gleichheit und Nichtdiskriminierung.

Weder die Begründungen des Gesetzes noch die Stellungnahmen von Arbeitsminister Clarinval (MR) können einen solchen Rückschritt rechtfertigen. Zudem weisen wir auf die Widersprüche in der Argumentation des Ministers hin. Haushaltszwänge sollen der Grund für die Reform sein. Aber gleichzeitig entscheidet die Regierung, steuerfreie Überstunden anzuheben, die Flexi-Jobs auszudehnen (die nur für bereits Beschäftigte zugänglich sind) oder die Studentenarbeit durch eine Anhebung der erlaubten Stundenzahl zu fördern (Studentenarbeit ist aber für ausgeschlossene Arbeitssuchende per Definition nicht zugänglich). All diese Maßnahmen dienen in keiner Weise dem angekündigten Ziel, eine Beschäftigungsquote von 80 % bis 2029 zu erreichen.



© stock.adobe.com

Die Reform richtet sich insbesondere gegen Gruppen von Arbeitssuchenden, deren Rückkehr auf den Arbeitsmarkt oder der Erhalt eines festen Arbeitsplatzes durch eine Reihe bekannter Hindernisse erschwert wird: ältere Menschen, Jugendliche, Frauen, Menschen mit Behinderung oder dauerhafter Arbeitsunfähigkeit und geringqualifizierte Personen. Aber die Reform betrifft auch Personen, die auf Vertragsbasis arbeiten, wie LBA-Beschäftigte, Teilzeitkräfte mit Einkommenssicherungszulage oder freie Journalisten.

Abgesehen von den rechtlichen Aspekten stellt diese Reform einen Bruch mit dem sozialen Pakt dar, auf dem das sozioökonomische Gleichgewicht unserer Gesellschaft seit 80 Jahren beruht. Sie ignoriert die sozialen Ursachen von Ausgrenzung. Diese Reform droht, zehntausende Menschen dauerhaft in Unsicherheit zu stürzen, ihre Familien zu schwächen und die Ungleichheiten weiter zu verschärfen.

Die Reform der Arbeitslosigkeit ist ein beispielloser Angriff auf eine der Säulen der belgischen sozialen Sicherheit. Die CSC zieht daher gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften und einer Reihe zivilgesellschaftlicher Organisationen (wie der Liga für Menschenrechte, der Familienliga usw.) vor den Verfassungsgerichtshof.

Den Nutzen von Unternehmenssubventionen hinterfragen



Die Belgische Nationalbank (BNB) hat eine Studie mit aufschlussreichem Titel veröffentlicht: „Sind öffentliche Subventionen und Investitionsbeihilfen in Belgien höher?“ Die Antwort lautet eindeutig: Ja. Die den Unternehmen gewährten Subventionen erreichen etwa 4 % des Bruttoinlandsproduktes, also 12 Milliarden mehr als der Durchschnitt der Eurozone. Im Jahr 2019 lagen sie ganze 2,3 Prozentpunkte des BIP über dem Durchschnitt der Nachbarländer, während die belgischen Sozialausgaben dem europäischen Durchschnitt entsprachen. Unseren Berechnungen zufolge flossen 2023 insgesamt 20 Milliarden Euro staatliche Gelder an Unternehmen.

Übertreibt die Regierung? Die Besteuerung der Arbeit wird oft als Rechtfertigung für diese Hilfen angeführt, insbesondere für die Lohnsubventionen, die den größten Teil ausmachen. Dennoch zeigen mehrere Studien ihre strukturellen Schwächen. So sind beispielsweise die Kosten der Beitragssenkung für eine „Ersteinstellung“ sehr hoch, während die Effizienz nahezu null ist. Das Planbüro hat auch die Missstände bei bestimmten Beihilfen für Forschung und Entwicklung hervorge-

hoben, die häufig über Steuererleichterungen für Unternehmen gewährt werden.

Über Jahre hinweg haben die Regionen ein übermäßig subventioniertes System der Dienstleistungsschecks aufrechterhalten, das erst kürzlich korrigiert wurde. Solange die politischen Verantwortlichen weiterhin das Credo „Finger weg von der Industrie oder von den Unternehmen“ verteidigen, werden Milliarden ohne ernsthafte Bewertung oder Neuausrichtung weiterfließen. Die Nationalbank plädiert übrigens für mehr Transparenz und eine gründliche Analyse der Wirksamkeit dieser öffentlichen Unterstützungen.

Während ineffiziente oder kaum wirksame Hilfen weiter florieren, spart die Regierung immer mehr auf Kosten der Arbeitsuchenden, Rentner und Langzeitkranken ein. Diese Ambivalenz ist nicht länger tragbar. Wer eine gerechte und nachhaltige Wirtschaft will, muss den Mut haben, die hinter dem Wort „Subvention“ verborgenen Privilegien in Frage zu stellen.

Marie-Hélène Ska,
CSC-Generalsekretärin

Jugendliche besuchen KZ in Deutschland

Die extreme Rechte ist in Belgien und überall sonst auf dem Vormarsch. Für die Jung-CSC von Tournai war es wichtig, etwas zu diesem Thema zu tun und die Jugend über die Gefahren und Auswüchse der extremen Rechten zu informieren und sie mit den Gräueln der Nazis während des Zweiten Weltkriegs zu konfrontieren. Deshalb ging es Anfang Juli auf eine viertägige Reise nach Deutschland. Auf dem Programm standen Besuche der Konzentrationslager Bergen-Belsen und Neuengamme, der Lübecker Bucht auf den Spuren der Tragödie der Cap Arcona sowie Besichtigungen der Städte Hamburg und Lübeck.

So konnten die 30 jungen Teilnehmer sehen und erkennen, was die extreme Rechte in der Vergangenheit getan hat, gegen die Gewerkschaften, aber auch gegen die Vielfalt, gegen unsere Solidarität. Ilona, eine der jungen Teilnehmerinnen, zeigte sich beeindruckt von der Reise: „Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir weiterhin Zeugnis ablegen und weitergeben müssen, was die Schrecken des Zweiten Weltkriegs waren. Andernfalls laufen wir Gefahr, dass sich die Geschichte wiederholt. Mit dem Aufstieg der extremen Rechten können wir es uns heute nicht leisten, die Augen zu verschließen. Nach und nach könnten wir in ähnliche Situationen schlittern. Es ist eine kollektive Verantwortung, dafür zu sorgen, dass dies niemals geschieht.“





CSC Malmedy

Das CSC-Dienstleistungszentrum in Malmedy ist vom 18. November bis zum 19. Dezember wegen Bauarbeiten geschlossen. In diesem Zeitraum empfangen wir Sie in der Christlichen Krankenkasse, Rue Malgrave 3 in Malmedy: dienstags nur nach Terminvereinbarung sowie mittwochs von 8:30 bis 11:45 Uhr. Vielen Dank für Ihr Verständnis.

Neuer Termin 2/12 Info Arbeitslose

Sie sollen Ihr Arbeitslosengeld verlieren oder kennen jemanden, der betroffen ist? Kommen Sie zu unserer Informationsversammlung am Dienstag, 2. Dezember, um 14 Uhr in der CSC Eupen.

Arbeitslosenquote 7,1 %

Ende September lag die Zahl der Vollarbeitslosen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bei 2.656 Personen. Laut Arbeitsamt (ADG) bleibe die Arbeitslosenquote mit 7,1 % auf dem Vorjahresniveau und sei nur noch geringfügig höher als im September des Vorjahres. „Im Vergleich zum dritten Quartal des Jahres 2024 ist die Arbeitslosenzahl in der DG um +0,8 % (oder +21 Personen) gestiegen. Der vor allem seit Ende 2023 zu beobachtende Anstieg kommt damit derzeit zum Erliegen und die Arbeitslosenzahl fällt annähernd auf das Vorjahresniveau zurück“, erklärt das ADG. „Etwa ein Drittel der Arbeitslosen ist älter als 50 Jahre, und davon die Hälfte sogar älter als 60 Jahre. Die Zahl der eingetragenen Schulabgänger ist in diesem Jahr niedriger als 2024, dadurch fällt der saisonal bedingte Anstieg bei den jugendlichen Arbeitslosen im Sommer niedriger aus als im Vorjahr.“ Im Kanton Eupen bleibt die Arbeitslosenquote mit 9,2 % weiterhin deutlich höher als im Süden der DG, wo die Quote bei 4,0 % liegt.



© stock.adobe.com

Flexi-Jobs: „Wir verlagern die Arbeit zum Nachteil der Gesellschaft“

Für Maarten Gerard, Leiter des Studiendienstes der CSC, birgt die durch die Arizona-Regierung erleichterte Nutzung von Flexi-Jobs Risiken für den Arbeitsmarkt und die Beschäftigten.

Während die vorige Regierung die Flexi-Job-Regelung schrittweise pro Sektor ausweitete, hat die Regierung De Wever ihnen freie Hand gegeben. Die Obergrenze für steuerfreie Einkünfte aus dieser Beschäftigungsform wurde von 12.000 auf 18.000 Euro pro Jahr angehoben. Zudem wurde das Prinzip umgekehrt: Flexi-Jobs sind jetzt in allen Sektoren erlaubt, außer wenn die paritätische Kommission eine Opt-out-Klausel vereinbart hat oder es sich um einen geschützten Beruf handelt. Auch das Verbot, dass Vollzeitbeschäftigte keinen Flexi-Job in einem mit ihrem Hauptarbeitgeber verbundenen Unternehmen ausüben dürfen, wurde aufgehoben.

„Ursprünglich waren Flexi-Jobs speziell für das Hotel- und Gaststättengewerbe (Horeca) gedacht, heute sind sie weit verbreitet“, stellt der Leiter des Studiendienstes der CSC fest. „Vollzeitstellen werden durch Teilzeitverträge ersetzt, kombiniert mit Flexi-Jobs. Für manche Arbeitnehmer, die mehr verdienen wollen, mag das sinnvoll erscheinen. Aber diese Entscheidung hat gesellschaftliche Kosten: nämlich weniger Steuereinnahmen. Wo ist die Logik? Flexi-Jobs sind nahezu uneingeschränkt erlaubt und werden gefördert. Dadurch steigt das

Risiko, dass sie die reguläre Beschäftigung verdrängen.“

Ein anderer Name für Abrufverträge

Dieses Phänomen birgt auch Risiken für die Beschäftigten, erklärt Maarten Gerard weiter: „Flexi-Jobber erwerben zwar soziale Rechte, aber diese entsprechen nicht 100-prozentig denen regulärer Arbeitnehmer. Flexi-Arbeit unterliegt weder der Steuerpflicht noch den persönlichen Sozialabgaben. Das ist ein finanzieller Vorteil sowohl für den Arbeitgeber als auch für den Flexi-Jobber. Tatsächlich ist ein Flexi-Job nichts anderes als ein Vertrag auf Abruf. Es kann also passieren, dass ein Flexi-Jobber von heute auf morgen ohne Arbeit und ohne Vorteile dasteht.“

„Mit diesem System“, fährt er fort, „untergräbt die Regierung den gesamten Arbeitsmarkt. Es ist absurd, dass es steuerlich günstiger ist, eine 4/5-Beschäftigung mit einem Flexi-Job zu kombinieren als Vollzeit zu arbeiten. Teilzeitbeschäftigte fallen oft in eine niedrigere Steuerklasse, und Flexi-Jobs werden kaum besteuert. Das schadet der Vollzeitbeschäftigung und dem Staat. Zudem führt dieses Phänomen dazu, dass Arbeitnehmer Jobs in der Pflege oder im Unterrichtswesen meiden, wo großer Personalmangel herrscht. Sie nehmen andere Jobs an und berauben somit weniger qualifizierten Personen ihrer Chancen. Das Ergebnis ist ein dreifacher Verlust.“

Im Chemiesektor brodelt es

Angesichts festgefahrenen Verhandlungen werden im November mehrere Aktionen im Chemiesektor durchgeführt.

Die Verhandlungen im Chemiesektor stecken fest: Die Arbeitgebervertreter lehnen die Forderungen der Arbeitnehmer rundweg ab. Keine Lohnerhöhungen, keine Anerkennung schwerer Berufe am Laufbahnende und keine wesentliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Schlimmer noch: Die Arbeitgeber lassen die Tür für Interimarbeit und Flexi-Jobs weit offen. Auf Seiten der Arbeitnehmer ist jetzt Mobilisierung angesagt. Neben den überberuflichen Aktionen werden auch Aktionen in Unternehmen organisiert, und am 14. und 21. November wird es zwei nationale Kundgebungen geben. Das angestrebte Ziel? Ihren gerechten Anteil bekommen!

Eine Antwort auf die harte Linie

Während der Sektorverhandlungen in der Chemiebranche haben die Arbeitgebervertreter eine harte Linie gefahren, ähnlich wie die Arizona-Regierung: keine Lohnerhöhungen, keine Berücksichtigung schwerer Berufe am Laufbahnende, keine bessere Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben, aber offene Tür für Interimarbeit und Flexi-Jobs. Mit anderen Worten: ein kategorisches Nein zu allen Erwartungen der Arbeitnehmer.

Diese Haltung der Arbeitgeber wird von den Gewerkschaften scharf kritisiert. *„Die Arbeitnehmer sind die treibende Kraft: Produktion, Innovation, Arbeit an vorderster Front... manchmal auf Kosten ihrer Gesundheit und ihres Privatle-*

bens. Sie tragen die Aktivitäten eines Sektors, der über die nötigen Mittel verfügt“, betont Koen De Kinder von der CSC Bau – Industrie & Energie (CSCBIE). *„Sie verdienen jetzt ihren Anteil.“* Die wirtschaftliche Lage ist übrigens nicht so düster, wie man glauben machen will: *„Der Cashflow und das EBITDA⁽¹⁾ der Chemiebranche gehen durch die Decke. Der Beweis? Noch nie waren die an die Aktionäre ausgeschütteten Dividenden so hoch: über 25 Milliarden Euro im Jahr 2024“,* erklärt Michel Barbuto von der nationalen Angestelltengewerkschaft (CNE). Die Lohnsumme hingegen ist rückläufig: Sie macht nur 7,9 % der Produktionskosten aus.

Mobilisierungen

Unter diesen Umständen kommt es nicht in Frage, dass die Arbeitnehmer den Gürtel noch enger schnallen sollen. Es ist Zeit für soziale Gerechtigkeit. Verhandlungen haben leider nicht ausgereicht, um dieses Ziel zu erreichen. Daher ist es Zeit, in gemeinsamer Gewerkschaftsfront zu handeln. Zuerst werden punktuelle Aktionen in Chemieunternehmen stattfinden. Anschließend wird es am 14. und 21. November zwei nationale Kundgebungen vor den Toren zweier Unternehmen der Branche geben. Abschließend wird der überberufliche Generalstreik am 26. November alle Gewerkschaftsteams mobilisieren. Und danach? *„Solange die Forderungen der Arbeitnehmer ungehört bleiben, wird die Mobilisierung weitergehen und sich verstärken“,* schließt Koen De Kinder.

(1) Das Kürzel EBITDA (Earnings Before Interest, Taxes, Depreciation, and Amortization) steht für den Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen.





© stock.adobe.com

Zeitkredit am Laufbahnende weiterhin möglich

Die Sozialpartner im Nationalen Arbeitsrat haben mehrere kollektive Arbeitsabkommen zum Erhalt des Zeitkredits am Laufbahnende im Privatsektor unterzeichnet. Ab 55 Jahren und 35 Berufsjahren ist eine 4/5- oder Halbzeitbeschäftigung - inklusive Zahlung einer Zulage - ab 2030 weiterhin möglich.

Diese kollektive Arbeitsabkommen (KAA) ermöglichen eine gewisse Entlastung am Ende des Berufslebens. Die Arbeitnehmer können dadurch länger auf gesunde Weise aktiv bleiben. Die CSC ist zufrieden, dass ihrer Forderung nachgekommen wurde, auch die Besonderheiten der Laufbahnen von Frauen, Schichtarbeitern und pflegenden Angehörigen zu berücksichtigen. Darüber hinaus wird die CSC in den verschiedenen Sektoren Vereinbarungen treffen, um das Recht auf den Zeitkredit am Laufbahnende ab 55 Jahren auch im Jahr 2026 zu wahren.

Zulage bleibt erhalten

Das Regierungsabkommen sah vor, dass der Zeitkredit am Laufbahnende (Arbeit im 4/5- oder Halbzeit-Modell) ab 55 Jahren nach 35 Berufsjahren ab 2030 erhalten bleiben sollte. Ein Entwurf eines königlichen Erlasses (KE) zielte jedoch darauf ab, das Recht auf eine Zulage für den Zeitkredit am Laufbahnende ab 55 Jahren ab 2030 abzuschaffen. Dies hätte faktisch das Ende dieser Regelung bedeutet. Nur wenige Privilegierte hätten noch davon profitieren können. Dabei sind es oft Menschen mit niedrigem Einkommen, die körperlich besonders belastende Tätigkeiten ausüben und häufiger gesundheitliche Probleme haben.

Derzeit profitieren rund 30.000 Arbeitnehmer im Alter von 55 bis 60 Jahren vom Zeitkredit am Laufbahnende. Für sie sind diese Maßnahmen entscheidend, um weiterhin arbeiten zu können, denn über 50-Jährige gehören zur sogenannten „Sandwich-Generation“. Die Betreuung von Enkelkindern und eigenen Eltern führt oft zu zusätzlichen Pflegeaufgaben.

Es ist daher vorrangig, ihren beruflichen Weg nachhaltig zu gestalten - wichtig für die Betroffenen, aber auch für

die soziale Sicherheit: Diese Menschen bleiben aktiv und sind nicht auf die Krankenversicherung angewiesen. Auf dieser Grundlage haben die Sozialpartner im Nationalen Arbeitsrat eine Vereinbarung getroffen, um das Recht auf eine Zulage für den Zeitkredit am Laufbahnende ab 55 Jahren nach 35 Berufsjahren zu wahren.

Frauen, Schichtarbeiter und pflegende Angehörige

In diesem Abkommen widmen die Sozialpartner auch der Karriere von Frauen besondere Aufmerksamkeit. Sie schlagen vor, die aktuellen Gleichstellungsregeln für die Laufbahnbedingung beizubehalten. Der KE-Entwurf wollte diese verschärfen, was besonders nachteilig für Frauen gewesen wäre, die aufgrund von Teilzeitarbeit häufig vom Recht auf den Zeitkredit am Laufbahnende ausgeschlossen worden wären. Darüber hinaus setzen die Sozialpartner die Laufbahnbedingung für Frauen ab 60 Jahren niedriger an.

Gleichzeitig bringt das überarbeitete KAA zwei wesentliche Verbesserungen für Arbeitnehmer, die bisher zu Unrecht vom Zeitkredit am Laufbahnende ausgeschlossen waren. Erstens sind Arbeitnehmer, die nicht im klassischen Arbeitszeitmodell (mindestens 5 Tage pro Woche) tätig sind, derzeit vom 4/5-Modell ausgeschlossen - obwohl es sich oft um Beschäftigte in belastenden Schichtsystemen handelt. Zweitens müssen Arbeitnehmer, die vorübergehend einen pflegebedürftigen Angehörigen betreuen, derzeit zwei Jahre lang wieder Vollzeit arbeiten, bevor sie Anspruch auf einen Zeitkredit am Laufbahnende haben. Ab dem 1. Januar 2026 haben pflegende Angehörige und Arbeitnehmer außerhalb des klassischen Arbeitszeitmodells Anspruch auf diese Form des Zeitkredits.

Die Sozialpartner schlagen außerdem vor, dass die Perioden des Zeitkredits am Laufbahnende, für die eine Zulage vorgesehen ist, vollständig bei der Berechnung der Rentenansprüche berücksichtigt werden, wenn die Betroffenen bis zum Rentenalter arbeiten. Die derzeit gültigen Rahmenabkommen Nr. 170 und Nr. 171, die das Recht auf den Zeitkredit am Laufbahnende ab 55 Jahren garantieren, gelten bis Ende dieses Jahres. Die Sozialpartner verlängern sie bis zum 30. Juni 2029.

Rückgang der Menschenrechte in Belgien

2024 war geprägt vom Aufstieg der extremen Rechten in Flandern bei den Wahlen im Juni und Oktober. Seitdem ist der Vlaams Belang in vier flämischen Gemeinden an der Macht. Das geht aus dem Bericht zur „Lage der Menschenrechte in Belgien“ hervor, den die „Liga für Menschenrechte“ jedes Jahr veröffentlicht.

Die Rechtsextremen, die im französischsprachigen Landesteil schon fast totgesagt waren, lassen ihre Ideen hingegen in den Diskurs der traditionellen Parteien einsickern. Diese Parteien, die für die Aufnahme Krise und die Krise der Rechtsstaatlichkeit verantwortlich sind, haben auch die Migrationspolitik für Asylsuchende und Menschen ohne Papiere verschärft.

2024 gab es mehr Gerichtsverfahren, die die Pressefreiheit einschränken, als je zuvor. Die Pläne, die die Föderalregierung in der Schublade hat, deuten zudem auf eine Sicherheitswende hin, z.B. durch die Zulassung der Gesichtserkennung in Echtzeit im öffentlichen Raum, durch die Schwächung der öffentlichen Dienstleistungen oder noch durch die Aushöhlung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte.

In ihrem Bericht analysiert die Liga für Menschenrechte auch die repressive Reaktion der Behörden auf pro-palästinensische Demonstrationen sowie auf Schießereien, die mit dem Drogenhandel in Brüssel zusammenhängen. Außerdem berichtet sie über den bahnbrechenden Klimaprozess, den ein Landwirt aus dem Hennegau gegen TotalEnergies eingeleitet hat.

Den Bericht (in französischer Sprache) finden Sie hier:



Einsparungen bei Kindergeld und Schulbonus: NEIN DANKE!

Die DG-Regierung plant Kürzungen, die ostbelgische Familien rund 280 Euro pro Kind und Jahr kosten würden. NEIN danke!

MACH MIT bei unserer **KINDERGELD-AKTION**

21. November, 16.30 Uhr
Eupen,
Klötzerbahn 32

GEMEINSAM für eine **FAIRE** Familienpolitik



DEMOKRATIE - ENGAGIERT ODER RESIGNIERT?

Wie **SCHÜTZEN** wir unsere **DEMOKRATIE**
vor Machtmissbrauch und extremen
politischen Strömungen?
Wie Desinformation **BEKÄMPFEN**?
Was sind **QUALITATIVE** Informationen?

Themenabend
mit François Letocart,
Dozent an der Autonomen
Hochschule Ostbelgien.



WWW.DIECSC.BE

02.12.25
18.30 UHR

CSC Eupen
Aachener Str. 89
4700 EUPEN

EIN ABEND ZUM VERSTEHEN UND MITREDEN
OFFEN FÜR ALLE INTERESSIERTEN!

Anmeldung erwünscht unter susanne.niessen@acv-csc.be

„Gewerkschaften müssen proaktive Pläne für einen gerechten Übergang vorlegen“

Derzeit findet in der brasilianischen Stadt Belém die 30. UN-Klimakonferenz (COP) statt, der jährliche Weltgipfel, der dem Kampf gegen den Klimawandel gewidmet ist. Trotz der Dringlichkeit scheint der internationalen Dynamik nun die Luft auszugehen. Der amerikanische Forscher Aaron Niederman führt eine Studie darüber durch, wie sich Gewerkschaften und (Klima-)Aktivisten besser organisieren können, um die Ziele eines gerechten Übergangs zu verfolgen.

Trotz aller wissenschaftlichen Beweise für eine Erderwärmung mit katastrophalen Folgen leugnen Klimaskeptiker weiterhin das Offensichtliche. Der US-Präsident, der den Klimawandel als „großen Betrug“ bezeichnet, ließ die Vereinigten Staaten aus dem Pariser Klimaabkommen austreten. Bei der Erwähnung von Trump seufzt Aaron Niederman: *„Wir können nicht untätig herumsitzen. Auch auf lokaler Ebene – in Ihrem Unternehmen oder in der Nachbarschaft – können Sie viele Initiativen ergreifen, um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern und die globale Erwärmung zu bekämpfen.“*

Welche Faktoren sind für einen gerechten Übergang entscheidend?

In den sechzig Initiativen, die ich untersucht habe, tauchen vier Elemente regelmäßig auf, auch wenn sie nicht überall vollständig umgesetzt wurden. Zunächst einmal müssen Sie über eine solide organisierte Mitarbeiterbasis verfügen. Zweitens brauchen Sie die Unterstützung der Gemeinschaft. In Deutschland werden die Legitimität und Handlungsfähigkeit durch breite Bündnisse und enge

Zusammenarbeit gestärkt. Die Gewerkschaften des öffentlichen Verkehrs haben sich mit Nutzern und Klimaaktivisten zusammengeschlossen. Diese Dynamik zeigt sich auch im Gesundheitswesen. Drittens müssen Sie einen Plan B haben. In Italien haben sich die Arbeiter des GKN-Autowerks in Florenz zusammen mit Forschern und Klimaaktivisten für ein Umstellungsprojekt entschieden, bei dem Elektrofahrzeuge und bald auch Sonnenkollektoren hergestellt werden. Viertens müssen Sie nach Finanzmitteln suchen und notwendige und mögliche öffentliche Investitionen finden. Ein Übergang kostet Geld. Schließlich ist die Stärke der Gewerkschaften nach wie vor von entscheidender Bedeutung. Aber sie müssen proaktive Pläne entwickeln. Zu oft reagieren sie erst, wenn den Arbeitnehmern mit Entlassungen gedroht wird.



Aaron Niederman, unter den Initiativen, die Sie untersucht haben, veranschaulicht das Beispiel von Tata Steel in den Niederlanden diese Entwicklung: Die Gewerkschaften haben sich aktiv an der Suche nach einer Umstellung beteiligt. Aber ist das wirklich die Rolle der Gewerkschaften?

Wer ist Aaron Niederman?

Der aus Skokie im US-Bundesstaat Illinois stammende Forscher arbeitet derzeit in Berlin. Im Bereich der angewandten Sozialwissenschaften erforscht er insbesondere, wie sich Gewerkschaften und Aktivisten organisieren können, um die Ziele eines gerechten Übergangs zu verfolgen, d.h. eines Übergangs, der soziale und wirtschaftliche Dimensionen in den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft integriert.

Man fragt sich vielleicht, wer für die Entwicklung eines solchen Übergangsplans verantwortlich ist. Wenn wir jedoch wirklich wollen, dass die Arbeitnehmer Gerechtigkeit bekommen, können wir die Arbeitgeber nicht allein entscheiden lassen. Ihre Entscheidungen führen allzu oft zum Abbau von Arbeitsplätzen und zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Deshalb müssen die



30.000 Menschen demonstrierten am 5. Oktober in Brüssel, um an die Dringlichkeit von Klimaschutzmaßnahmen zu erinnern.

Lucas-Plan: friedliche Umstellung

Der Lucas-Plan ist eine wegweisende Initiative, die 1976 von Mitarbeitern des britischen Rüstungsgüterherstellers Lucas Aerospace ins Leben gerufen wurde. Dem Unternehmen, das sich auf die Produktion von Komponenten für die Luft- und Raumfahrt sowie Militärtechnik spezialisiert hatte, drohten Entlassungen. Als Reaktion darauf schlugen die Arbeitnehmer ein ehrgeiziges Umstellungsprojekt vor: Das Unternehmen sollte so umgestaltet werden, dass es nützliche und friedliche Güter wie Windturbinen, Rollstühle und medizinische Geräte, umweltfreundliche Technologien usw. herstellt.

Gewerkschaften diese Rolle spielen. Es handelt sich also um eine neue Frontlinie: nicht nur gegen Umstrukturierungen zu kämpfen, sondern aktiv dazu beizutragen, Unternehmen auf eine nachhaltige Wirtschaft und eine neue Produktionsweise auszurichten. Die Entwicklung alternativer Pläne erfordert eine Zusammenarbeit mit Klimaaktivisten, wissenschaftlichen Forschern und technischen oder wirtschaftlichen Experten. Die Arbeitnehmer sollten jedoch nicht unterschätzt werden. Sie kennen ihre Fähigkeiten und die Produktionswerkzeuge ihrer Fabriken besser als jeder andere. Der Lucas-Plan (siehe Rahmen), der in den 1970er Jahren ins Leben gerufen wurde, ist ein perfektes Beispiel. Damals hatten die

Arbeiter mehr als hundert innovative Produktideen entwickelt. Dieser Fall zeigt, wie immens das Potenzial ist, wenn Beschäftigte den Raum und die Unterstützung erhalten, um ihre Zukunft mitzugestalten.

In Ihrem Bericht sprechen Sie über die notwendigen Bündnisse zwischen Gewerkschaften und Klimabewegungen. Wie können sie sich gegenseitig verstärken?

Gewerkschaften sorgen für Legitimität, Organisationsstärke und Mobilisierungsfähigkeit. Klimaaktivisten hingegen zeichnen sich dadurch aus, dass sie schlagkräftige Kampagnen erstellen. Zusammen können sie viel mehr bewirken als jeder für sich.



Auch auf lokaler Ebene können Sie viele Initiativen ergreifen, um die nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Sie betonen auch das „Verhandeln für das Gemeinwohl“. Was meinen Sie damit?

Das bedeutet, dass die Gewerkschaften bei ihren Verhandlungen nicht nur die Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder im Blick haben, sondern auch das Wohlergehen der Gemeinschaft. So verbinden Lehrkräfte ihre Arbeitsbedingungen mit besseren Lernbedingungen für Kinder, Pflegekräfte mit der Qualität der Versorgung von Patienten. Durch die Integration der Gemeinwohl-Dimension stärken sie die Akzeptanz der Gemeinschaft und ebnen den Weg für die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, einschließlich Klimaaktivisten, zu Themen wie einem gerechten Übergang oder nachhaltigen Schulen. In den Vereinigten Staaten hat sich ein ganzes Netzwerk um diese Organisationstechnik herum entwickelt, mit vielen innovativen Kampagnen.

Renten: Vom schrecklichen Jahr zum schwarzen Jahrzehnt?

2025 war schon ein schwarzes Jahr für unsere Renten, da das Rentenalter auf 66 Jahre angehoben wurde. Mit der Arizona-Regierung könnte dieses schreckliche Jahr durchaus zu einem schwarzen Jahrzehnt werden.

Das Ende vom sanften Laufbahnende

In Belgien gibt es drei Möglichkeiten, um am Ende der Karriere kürzer zu treten.

Der Zeitkredit am Laufbahnende ermöglicht es älteren Arbeitnehmern, ihre Arbeitszeit auf 50 % bzw. 80 % zu reduzieren, während sie vom Landesamt für Arbeitsbeschaffung (LFA) eine Zulage erhalten, die den Lohnausfall (teilweise) ausgleicht. Um diese Möglichkeit nutzen zu können, muss man mindestens 60 Jahre alt sein und eine 25-jährige Berufslaufbahn haben. Die Arizona-Regierung hat beschlossen, die letzte Bedingung ab dem 1. Januar 2026 schrittweise zu verschärfen. Im Jahr 2030 werden Männer 35 Arbeitsjahre nachweisen müssen, Frauen 30 Jahre. Ein weiteres Hindernis für eine der wenigen Entlastungsmaßnahmen am Laufbahnende.

Dank des Systems der Arbeitslosigkeit mit Betriebszulage (SAB, die ehemalige Frühpension) konnten Arbeitnehmer, die kurz vor dem Renteneintritt (zwischen 60 und 62 Jahren) entlassen wurden, zusätzlich zum Arbeitslosengeld einen von ihrem früheren Arbeitgeber gezahlten Betriebszuschlag erhalten. Die Arizona-Regierung hat beschlossen, dieses System ganz abzuschaffen, außer für Personen mit Behinderung. Damit können ältere Arbeitnehmer, die entlassen werden, nicht mehr kürzer treten, bis sie das Rentenalter erreichen. Die Arbeitgeber hingegen können ihre älteren Arbeitnehmer ohne zu zögern entlassen, da sie keinen Betriebszuschlag mehr zahlen müssen.

Der Vorruhestand ermöglicht es Beschäftigten, die eine ausreichend lange Berufslaufbahn (mindestens 42 Jahre) haben, vor Erreichen des gesetzlichen Rentenalters, das seit dem 1. Februar 2025 bei 66 Jahren (ab dem 1. Februar 2030 bei 67 Jahren) liegt, in den Ruhestand zu gehen. Die Arizona-Regierung plant, die Berechnung der Berufsjahre zu verschärfen. Künftig sollen nur noch Jahre mit mindestens 156 Arbeitstagen (6 Monaten) berücksichtigt werden, derzeit sind es 104 Tage (4 Monate). In den meisten Fällen beginnt das erste Berufsjahr nach Juli und dem Ende des Studiums. Die 6-Monats-Schwelle würde somit nicht erreicht und dieses Jahr würde nicht mehr angerechnet. Der Verlust des ersten Berufsjahres bedeutet einen Aufschub des Ruhestands um ein Jahr.

Diese Entscheidungen führen zu einem beträchtlichen Rückschritt des Sozialschutzes. Sie werden viele ältere Arbeitnehmer an ihre Grenzen bringen und ihnen jede Ausstiegsmöglichkeit nehmen.

Der Beginn der Rentenkürzungen

DER MALUS

Wenn ein Arbeitnehmer in den Vorruhestand tritt (d.h. vor Erreichen des gesetzlichen Rentenalters ausscheidet, weil er eine lange Karriere hinter sich hat), ist der Rentenbetrag bereits niedriger, da seine gesamte Berufslaufbahn kürzer ist. Doch damit nicht genug: Arizona hat beschlossen, eine doppelte Bestrafung für Personen einzuführen, die vorzeitig in Rente gehen. Ein Malus

von 5 %⁽¹⁾ pro vorgezogenem Jahr soll zusätzlich auf den Rentenbetrag angewendet werden. Der Malus kann vermieden werden, wenn man 35 Jahre mit jeweils mindestens 156 effektiven Arbeitstagen nachweisen kann (d.h. mindestens 35 Jahre Teilzeit) und insgesamt 7.020 effektive Arbeitstage (also mindestens 22,5 Jahren Vollzeitbeschäftigung).

Statistiken zufolge würde nur jeder dritte Arbeitnehmer im Vorruhestand die Bedingung von 35 Jahren mit 156 effektiven Arbeitstagen erfüllen. Was die Bedingung von 7.020 effektiven Arbeitstagen betrifft, so würde nur jede zweite Frau sie erfüllen. Frauen arbeiten nämlich öfter Teilzeit und haben kürzere Laufbahnen, da sie nach wie vor den Großteil der Haus- und Pflegearbeit übernehmen oder häufiger in Sektoren beschäftigt sind, in denen die Arbeitgeber nur Teilzeitverträge anbieten. Zudem werden Krankheitszeiten kaum berücksichtigt, dabei machen Frauen 60 % der Menschen mit Langzeiterkrankungen aus. Frauen wären doppelt so stark vom Malus betroffen wie Männer.

Nach Angaben der OECD liegt die durchschnittliche Ersatzquote in Belgien bei 60,9 %. Das bedeutet, dass die Rente 60,9 % des letzten Nettolohnes ausmacht. Mit dieser Maßnahme würde die Ersatzquote der Arbeitnehmer um 4,4 % für Frauen und 2,5 % für Männer gesenkt⁽²⁾.

DIE ABSCHAFFUNG DES BUDGETS FÜR DAS WOHLBEFINDEN

Seit 2005 wird alle zwei Jahre ein Budget für das Wohlbefinden bereitgestellt, um zu verhindern, dass die Sozialleistungen hinter dem Anstieg des allgemeinen Wohlstands zurückbleiben. Dieses Budget wird auf die verschiedenen Arten von Ersatzeinkommen verteilt, wobei der Schwerpunkt auf den niedrigsten Leistungen, einschließlich der



Mindestrenten, liegt.

Arizona hat beschlossen, das Budget für das Wohlbefinden für die gesamte Legislaturperiode abzuschaffen. In den Jahren 2025 und 2026 hätte dank dieses Finanzrahmens 1 Milliarde Euro umverteilt werden sollen, von denen ein Teil für die niedrigsten Renten vorgesehen war. Daraus wird jetzt nichts. Diese Entscheidung wird sich unmittelbar auf die durchschnittliche Rente auswirken: ein weiterer Rückgang der Ersatzquote um mehr als 3 %. Auch hier werden Frauen am stärksten betroffen sein, da sie unter den Empfängern der Mindestrente überrepräsentiert sind. Ohne eine Erhöhung werden ihre Renten weiter sinken.

Diese beiden Maßnahmen sind Teil einer breiter angelegten Offensive, die darauf abzielt, den Rentenbetrag zu senken. Laut dem Hohen Finanzrat würde dies insgesamt zu einem Rückgang der Ersatzquote von 60,9 % auf 55,4 % führen⁽³⁾. Ein Rückgang um mehr als 9 %, obwohl Belgien im Vergleich zu anderen europäischen Ländern bereits eine relativ niedrige Quote aufweist.

Eine politische Entscheidung, die nicht sein muss

Arizona rechtfertigt diese Entscheidungen mit dem Schreckgespenst der Rentenkosten.

Der Anstieg der Rentenausgaben (ohne Reform) wird bis 2070 auf 2,5 Prozentpunkte des Bruttoinlandsproduktes (BIP)

geschätzt. Aber Belgien hat sich verpflichtet, bis 2035 ganze 5 % seines BIP für Militärausgaben bereitzustellen, was einem Anstieg von 3,7 Prozentpunkten des BIP entspricht. Das ist weit mehr als die Erhöhung im Zusammenhang mit den Renten. Die Renten sollen „unbezahlbar“ sein, aber Geld für den Krieg lässt sich auftreiben?

Dieser Vergleich zeigt eines ganz deutlich: Es ist kein unabwendbares Schicksal, sondern eine politische Entscheidung. Die Rechten behaupten, dass es keine Alternative gibt, dass bei der Rente gespart werden muss. Aber es gibt auch einen anderen Weg: Die Einnahmen könnten problemlos angehoben werden. Es würde sogar ausreichen, die von den aufeinanderfolgenden Regierungen verursachten Einnahmefälle auszugleichen. Zur Erinnerung: Die Renten werden durch Sozialversicherungsbeiträge auf die Löhne finanziert. Mit den Arbeitgeberbeiträgen verhält es sich jedoch wie mit den Polkappen: Sie schmelzen. Die Kürzungen der Arbeitgeberbeiträge und die Lohnzuschüsse belaufen sich auf 17 Milliarden Euro pro Jahr⁽⁴⁾. Mit Arizona wird es eine weitere Milliarde sein. Das entspricht fast 3 % unseres BIP, was mehr ist als der erwartete Anstieg der Rentenkosten.

Wir könnten unser System nicht nur erhalten, sondern auch verbessern. Der „55-60-65“-Plan würde es beispielsweise ermöglichen, die Arbeit ab 55 zu reduzieren, mit 60 in den Vorruhestand und mit 65 in Rente zu gehen. Wir könn-

ten uns auch dafür entscheiden, die Höhe der gesetzlichen Renten anzuhäufen, um ein angemessenes Einkommen für alle zu gewährleisten. Neben dem Ausgleich der oben erwähnten Einnahmefälle würde es genügen, mehr hochwertige und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen (keine Flexi-Jobs), eine Erhöhung der Bruttolöhne zu ermöglichen (durch eine Reform des Gesetzes von 1996, das die Löhne einfriert) oder die Übergewinne von Unternehmen und große Vermögen zu besteuern, die derzeit nur einen sehr kleinen Beitrag leisten.

Hinter den verschiedenen Möglichkeiten der (De-)Finanzierung der Renten steht eine Vision der Gesellschaft. Wir verteidigen eine gerechte Verteilung des Wohlstands und eine gerechte Aufteilung der verfügbaren Arbeit zwischen jungen und älteren Menschen (schließlich gibt es nicht genügend Arbeitsplätze für alle). Die Arizona-Regierung als treuester Helfer der Arbeitgeberschaft entscheidet sich genau für das Gegenteil: Während eine privilegierte Minderheit unverschämte hohe Einkommen anhäuft, rackert sich die Mehrheit bis ins hohe Alter bei der Arbeit ab.

(1) Vorübergehend beträgt der Malus 2 % zwischen 2026 und 2030 und 4 % zwischen 2030 und 2040.

(2) Hoher Finanzrat (Studienausschuss für Vergütung), Jahresbericht, Juli 2025, S. 62.

(3) Idem, S. 88.

(4) Econospheres, September 2025.

Weniger Rente,
eingefrorene Löhne,
das Leben wird teurer und
das Haushaltsloch größer.

Wir haben es satt.

ES MUSS SICH WAS

ÄNDERN!

Streikt mit

am 24., 25. und 26. November
(je nach Sektor, in dem ihr arbeitet)



Fragt euer
Streikgeld online an.